News

News: Wie kommen sensible Daten an Öffentlichkeit?

Beigetragen von JNN am 14. Mär 2012 - 21:12 Uhr

Juist/ERT - Für Aufregung auf Juist sorgt derzeit die Case Study, die von Daniel Sukowski vom MCI Mangement Center Ende Februar der Öffentlichkeit auf der Insel präsentiert wurde. Eigentlich sollte nur ein neues Bewertungssystem vorgestellt werden, das 30 Urlauber getestet hatten, doch kursieren inzwischen Daten auf der Insel, die nicht in die Öffentlichkeit gehören. Wie der Juister Rechtsanwalt Christoph Kleen dem KURIER mitteilte, war bei der Veranstaltung versichert worden, dass die betriebsbezogenen Ergebnisse lediglich dem betroffenen Unternehmen auf Nachfrage mitgeteilt würden. Selbst die Kurverwaltung Juist habe keinen Zugang zu diesen sensiblen Daten.

Doch sei schon während der Präsentation das negative Bewertungsergebnis eines Juister Einzelhandelsunternehmens gezeigt worden, das unter anderem von den Urlaubern wegen seiner Preise kritisiert worden war. Dagegen habe er vehement protestiert, stellte Kleen in einem Schreiben an Thomas Vodde, Marketingleiter bei der Kurverwaltung, fest. "Vor der Präsentation waren Sie von Herrn Ralf Lüpkes bereits telefonisch danach gefragt worden, ob es Ergebnisse zu seinem und dem Betrie bseiner Frau geben würde. Dies haben Sie verneint, demzufolge lagen Ihnen schon zu diesem Zeitpunkt die betriebsbezogenen Ergebnisse der Study vor, sonst hätten Sie Herrn Lüpkes nicht entsprechend antworten können."

Am nächsten Tag beschwerte sich ein Vertreter des betroffenen Betriebs laut Kleen bei Vodde, woraufhin er den Rat erhielt, seine Preise zu reduzieren. Der betroffene Betrieb habe ihm mitgeteilt, so der Rechtsanwalt, dass seine Preise so hoch sein müssten, damit er über den Winter komme - sonst könnte er seinen Betrieb in dieser Jahreszeit zumachen. "Herr Vodde muss aufpassen, dass er nicht als Gegner der Betriebe empfunden wird", kritisierte Kleen in einem Gespräch mit dem KURIER.

"Die Angelegenheit gipfelt nun darin, dass mir von aufmerksamen Bürgern eine Kopie der Study mit den Bewertungsergebnissen der bewerteten Betriebe gestern Nachmittag vorgelegt worden ist", schrieb Kleen am vergangenen Donnerstag an Vodde. "Diese Kopien scheinen auf Juist frei zugänglich zu sein. Nennen Sie das etwa Geheimhaltung und den vertrauensvollen Umgang mit sensiblen Daten?" In einer E-Mail an Bürgermeister Dietmar Patron weist er nachdrücklich darauf hin, dass angeblich nur das Bewertungssystem selbst getestet werden sollte, wonach die Ergebnisse nicht im Vordergrund standen. "Ich frage mich deshalb seit dem 28. Februar, weshalb bei einem Testversuch eines Systems dann nicht mit anonymisierten Daten, zumindest für die Betriebe und Unternehmen, gearbeitet worden ist, vor allem da es nur 30 Testpersonen gegeben hat und somit die Study sowieso nicht repräsentativ sein kann." Vodde hätte zumindest auf Bewertungsdaten der Betriebe verzichten müssen; es gebe für die Gemeinde- und Kurverwaltung genügend Gründe, erst einmal vor ihrer eigenen Tür zu kehren.

Kleen fordert den Allgemeinen Vertreter von Bürgermeister Dietmar Patron dazu auf, die persönlichen Konsequenzen zu ziehen und seine Position bei der Inselgemeinde Juist unverzüglich zur Disposition zu stellen. "Als Repräsentant unserer Insel sind Sie nach meiner Auffassung nicht mehr glaubwürdig und nicht mehr tragbar."

Auch Bürgermeister Patron zeigte sich entsetzt darüber, dass die internen Informationen an die Öffentlichkeit geraten waren. Er gehe aber davon aus, dass die Mitarbeiter des Rathauses die Unterlagen nicht weitergegeben haben. "Es ist geklärt, dass die Studie nicht über E-Mail herausgegangen ist", teilte er dem KURIER auf Anfrage mit. "Es wäre gut, wenn man wüsste, wer die Unterlagen hat." Allerdings waren Vodde und er in den letzten Tagen bei der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin und gestern im Rahmen des Tourismusdreiecks auf Norderney, sodass sie nicht nachforschen konnten, wie die internen Daten an die Öffentlichkeit gelangt waren.

"Ich habe Herrn Vodde ein Ultimatum bis heute Abend gestellt", teilte Ralf Lüpkes von der freien Wählergemeinschaft "Pro Juist" dem KURIER gestern mit. Er solle ihn darüber informieren, wieso eine 110-seitige Studie plötzlich auf der Insel kursiert. "Wenn das nicht geklärt wird, werden wir Strafantrag stellen."

Quelle: Ostfriesischer Kurier vom 13. März 2012